

Die nach Rechts offene Richter-Skala

Entgegen der landläufigen Meinung wohlmeinender Hippies gibt es sehr wohl dumme Fragen und solche, die es erlauben, die fragende Person zu verurteilen und – vorübergehend oder dauerhaft – aus Gesprächen auszuschließen, damit sie darüber nachdenken können, was für Holzköpfe sie sind. Dazu gehören Fragen wie: „Aber woher kommst du ursprünglich?“ „Bist du ein Mann oder eine Frau?“ „Darf man das überhaupt noch sagen?“ „Wie viel Vielfalt hält unsere Gesellschaft aus?“ „Gehört der Islam zu Deutschland?“ „Ist ein Hot Dog ein Sandwich?“ Sicherlich, bis zu einem gewissen Alter hat man noch Narrenfreiheit hinsichtlich blöder Fragen, aber spätestens mit Einsetzen der Pubertät sollten Menschen für so etwas mit einem nachgeholtten Kindergartenjahr bestraft werden dürfen.

Aber ebenfalls entgegen landläufiger Meinung sind diese Fragen zwar bescheuert und unangebracht, aber durchaus nicht verboten, zumindest im juristischen Sinne. Tatsächlich gibt es Situationen, in denen die Zulässigkeit wirklich, wirklich dummer Fragen sogar konstitutionell verankert ist. Zum Beispiel im Falle parlamentarischer Anfragen.

Dieses Genre von Fragen muss explizit jede noch so hirnrissige Frage zulassen, weil sie nicht einfach nur der Informationsgewinnung dient, sondern ein wichtiges demokratisches Werkzeug ist. Insbesondere erlauben es Anfragen in Bundestag, Landtagen oder kommunalen Gremien auch oppositionellen Stimmen oder Fraktionen, politisch Einfluss zu nehmen. Parlamentarische Anfragen können Missstände aufzeigen, Öffentlichkeit für vernachlässigte Themen schaffen oder politisch Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen.

In parlamentarischen Situationen sind dumme Fragen eben nicht nur dumme Fragen, sondern politische Werkzeuge, die man auf eigene Gefahr unterschätzt. Und ganz besonders dumme, ganz besonders gefährliche Fragen kommen seit nunmehr 11 Jahren im Münchner Stadtrat von Karl Richter, dem demokratisch gewählten Abgeordneten der *Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)*. Personen, die nicht in München leben, sei unter Umständen verziehen, wenn sie Karl Richter nicht kennen sollten. Doch ach, jede kleine oder große Kommune hat ihre Karl Richters, und wer ein klein wenig politisches Verantwortungsbewusstsein hat, hat die Pflicht, seine*n Karl Richter gut zu kennen. Wer in München wahlberechtigt ist und Karl Richter nicht kennt, sollte sich schämen, denn er oder sie ist mitverantwortlich für ihn.

Karl Richter wurde 2008 mit 1,4% der Stimmen in den Münchner Stadtrat gewählt, zeigte während seiner Vereidigung den Hitlergruß, wurde dafür rechtskräftig verurteilt, versteht sich klasse mit *NPD*, *AfD* und *PEGIDA* sowie allen möglichen gewaltbereiten Neonazis und Menschenfeinden, und hat keinerlei legislative Macht, da niemand im Münchner Stadtrat mit ihm kooperiert oder ihn auch nur zur Kenntnis nimmt. Er darf in keinem Ausschuss teilnehmen, ist der einzige, der für seine eigenen Anträge stimmt, und während der ihm zustehenden Redezeit gehen die anderen Stadträt*innen kurz eine rauchen, spielen Candy Crush oder nutzen die Zeit, noch mal schnell zu masturbieren, eventuell.

Aber obwohl Karl Richter keinerlei legislative Macht hat, ist er brandgefährlich; seine politische Macht ist symbolisch und destruktiv und fußt auf seinem Recht, als gewählter Stadtrat Anfragen zu stellen. Er nutzt



Tante Tuuli *hieß letztes Mal noch Tante Tom. Was sich dadurch ändert? Im Grunde nichts. Wo vorher die Kolumne eines verbitterten, altmodischen und griesgrämigen Mannes mit instabiler Geschlechtsidentität war, ist nun und soll fürderhin immer bleiben, die Kolumne einer verbitterten, altmodischen und griesgrämigen Frau mit fröhlicher Behaglichkeit in ihrer Weiblichkeit. Die Tante bleibt und war immer schon da – bloß jetzt noch tantiger.*

diese Macht, ausdauernd, intensiv, ohne Rücksicht auf Sinn, Verstand, Anstand – aber in sehr deutlichem Wissen darüber, welchen Schaden er mit diesem vermeintlich minimalen politischen Werkzeug anrichten kann.

Auf rein inhaltlicher Ebene sind seine Anfragen geschmacklos, irreführend und hetzerisch. Alleine im Jahr 2019 waren es bereits mehr als 30, die meisten

Die Anfragen aber müssen beantwortet werden, darauf hat Richter Anspruch

davon in erster Linie ausländerfeindlich (oder, wie Richter bevorzugt, „inländerfreundlich“, soviel zum Thema Kotzen). Am 05.06. fragt er, was die Stadt gegen „Schmuggel-Tabak“, „Schwarzarbeit“ und „Kriminalität“ in Shisha-Bars unternähme. Am 07.01., ob die Verursacher der „Zusammenrottungen“ und „Verwüstungen“ im (geradezu lächerlich ruhigen und beschaulichen) Stadtteil Neuaubing von „Multi-Kulti-Banden“ oder gar „Junkies“ ausgingen. Am 15.05., inwieweit die Stadt „Kinder, Jugendliche und Frauen vor ‚Flüchtlingen‘“ schütze (ein Wort, dass Richter prinzipiell in Anführungszeichen setzt). Am 29.05. interessiert ihn, wie hoch der finanzielle Schaden ist, der der Stadt durch den „Ärger mit ausländischen Kfz-Haltern“ entsteht.

Insbesondere die gemeinnützige Wohngenossenschaft *Bellevue di Monaco*, die Geflüchteten Wohnraum, Infoveranstaltungen und Freizeitmöglichkeiten bietet, ist Richter ein Dorn im Auge. Wie viel das Projekt „den Steuerzahler“ koste (14.04.2018). Wie groß die Familien seien, die dort wohnen (14.06.2018). Ob die Bewohner*innen nach einem Brand in einer der Wohnungen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen würden (24.01.2018). Wieso städtische Mitarbeiter*innen dort Beratungen anböten, während Deutsche in anderen Behörden gleichzeitig Schlange stehen müssten (20.05.2019).

Um kurz Pause von Hetze gegen migrantisierte Menschen zu machen, nutzt Richter zwischendurch sein Mandat, um die Diskriminierung von Nazis zu beklagen: Wenn beispielsweise extremistische NPD-

Wahlplakate entfernt werden (23.05.2019) oder aber er selbst, ein „gewählter Münchner Stadtrat“ (leider wahr) nicht das Recht bekommt, eine öffentliche Holocaust-Gedenkveranstaltung dazu zu nutzen, vor Publikum zu erklären, wieso er selbige Gedenkveranstaltung ablehnt (28.01.2016, und ja, das ist genauso widerlich und verdreht, wie es sich liest). Um sein Portfolio abzurunden, will er zwischendurch auch wissen, wieso, wie stark und wie die Stadt die *Israelitische*

Kultusgemeinde schützt und unterstützt (10.04.2019). Und als Beweis dafür, dass Nazis für Deutsche ebenso gefährlich sind wie für nicht-Deutsche, stellt er auch die Frage, ob das Wahlrecht für „Behinderte und Insassen psychiatrischer Krankenhäuser“ wirklich sein muss (16.04.2019).

Das Problem ist nicht (nur), dass Richter als Stadtrat diesen gefährlichen, hassgefüllten Müll öffentlich von sich geben kann – wenn es nur das wäre, könnte man ihn notfalls ignorieren, so wie im Falle seiner Anträge, Reisende in öffentlichen Verkehrsmitteln mit „stichsicheren Schutzwesten“ auszustatten (25.07.2018) oder Etablissements, die auch Rechtsradikale bewirten, mit einer Medaille zu ehren (16.09.2016). Anträge können tatsächlich einfach vom Rest des Stadtrates ignoriert werden.

Die Anfragen aber müssen beantwortet werden, darauf hat Richter Anspruch. Und die fristgerechte, korrekte und parlamentarisch nicht zu beanstandende Antwort auf selbst die hässlichste, irreführendste und falscheste Anfrage darf sich eben nicht in „Was für ein Schwachsinn, halt's Maul, du Stück Scheiße, nichts davon hat mit der Realität zu tun“ erschöpfen. Dass die Prämissen der Anfragen schlicht erfunden sind (messerstechende Geflüchtete, Bürgerkrieg in Neuaubing, Steuergelder für Luxus-Unterkünfte, et cetera), muss anhand zuverlässiger Daten in der Antwort widerlegt werden.

Um zu beweisen, dass etwas Erfundenes nicht existiert, müssen – pro Anfrage – teilweise Dutzende Mitarbeiter*innen der Stadt aus verschiedenen Fachstellen und Referaten (Wohnen, Migration, Bau, Verwaltung, Kultur, Kämmerei) ihre eigentlichen Aufgaben beiseite legen, sich koordinieren, Informationen und Dokumente sammeln, herausfinden, was beantwortet werden kann und was nicht (weil erfunden), und währenddessen die strengen parla-



Verbitterter alter Mann mit kleinem Ego und großem Hass

mentarischen Richtlinien eingehalten sowie die Kotzübelkeit erduldet werden, die die Auseinandersetzung mit solchem Müll verursacht.

Es mag albern und traurig wirken, wie ein einsamer alter Mann vermeintlich wirr redet und niemand ihm zuhört. Es mag wie ein Sieg für die bürgerliche Demokratie aussehen, wenn alle Parteien sich darauf einigen, ihn einfach zu ignorieren. Es mag einfach sein, darüber zu feixen, dass die online-Quellangaben, die Richter in seinen Anfragen angibt, aussehen wie Babys erste Proseminararbeit, inklusive Abrufdatum und Uhrzeit (üblicherweise zwischen 01:00 und 03:00 Uhr nachts). Und es mag danach aussehen, als wäre das alles für eine freiheitliche Gesellschaft und Stadtverwaltung nicht mehr als eine alberne Ablenkung, wenn Richter fragt, welche Unsummen neugeborene Kinder von Geflüchteten die Sozialkasse nach SGBXII kosten, und die Antwort der Sozialreferentin lautet, dass „wegen der geringen Zahl der betroffenen Kinder eine händische Auswertung möglich [ist]: Ein Kind bezieht derzeit unter den in der Frage aufgeführten Bedingungen Leistungen nach dem SGB XII“.

Aber ganz zu schweigen davon, dass es neben den Karl Richters der Welt, die *AfD* mittlerweile tatsächliche parlamentarische Macht hat, sei all denen, die ihn für eine Witzfigur am Rande der politischen Relevanz halten, gesagt sein: Erstens, ihr seid wirklich dumm. Zweitens, denn Richter hat schon längst gewonnen, egal, wie sehr wir ihn ignorieren und verspotten. Rechte, Rassist*innen und Neonazis verschwinden so genauso wenig wie dadurch, dass man mit ihnen redet. Sie verschwinden, indem man sie als die gefährlichen, verbrecherischen Menschenfeinde erkennt, die sie sind und dann hart daran arbeitet, dass sie nicht politisch aktiv sein können.

Karl Richter mag als Stadtrat ein Recht darauf haben, Antworten auf seine ekelhaften und irreführenden Fragen zu erhalten. Er hat keinen Anspruch darauf, zum Stadtrat gewählt zu werden. Jede in Deutschland

lebende Person muss sich selbst die Frage stellen, wieso sie es zugelassen hat, dass er dort ist, wo er ist, und mit ihm alle rassistischen und menschenfeindlichen Arschlöcher in politischen Positionen.

In der Zwischenzeit haben wir als vertretenes Volk allerdings auch das Recht, unseren Volksvertreter*innen Fragen zu stellen. Deswegen kann man auch problemlos über seinen Internetauftritt oder die Anfragen selbst, die auf der Homepage der Stadt München öffentlich zur Verfügung stehen, seine Kontaktinformationen in Erfahrung bringen und sich bei ihm melden. Ich weiß nicht, ob seine Antworten irgendwem nützlich sein können, und ihn zum Beispiel je Hinterland-Leser*in dreimal täglich zu fragen, wieso er nicht öfter lächelt, wird das Problem auch nicht lösen.

Aber Fragen darf man doch wohl noch.<